

Politik

Die Kosten Europas

Frankreich, Deutschland und der ewige Streit um die Gemeinsame Agrarpolitik

SUSANNE NIES*

Kaum ein Thema ist dazu angetan, die Gemüter in Europa derart zu erhitzen wie die Gemeinsame Agrarpolitik. Der Streit um sie ist dabei so alt wie die Institution selbst. De Gaulles Politik des „leeren Stuhles“ in den 1960er Jahren¹ lässt sich ebenso aus ihr ableiten wie die französisch-deutsche Querele 1999 und die britisch-französische im Sommer 2005. Von drastischen Kürzungen und radikaler Budgetumverteilung ist da ebenso die Rede wie von der Sicherung des Bauernstandes und hochwertiger Agrarprodukte „made in Europe“. Die britische Königin, so liest man entrüstet, erhält jährlich 800 000 Euro aus dem Agrarhaushalt für ihre Ländereien in Windsor – und ist nicht die einzige „wohlhabende Nutznießerin“: Nur 20 Prozent der Landwirte der EU-15 teilen über 80 Prozent des Haushalts unter sich auf. „Aber die Produkte kommen zu 100 Prozent der europäischen Bevölkerung zugute“, wendet ein französischer Lobbyist des *Crédit Agricole* ein.² Die Schlacht ist gewaltig, die Argumente zahllos, die Debatte komplex, fast unüberschaubar. Zu viele Interessen und Akteure sind Teil des Geschehens: Die Welthandelsorganisation in Genf, die europäischen Institutionen in Brüssel, der polyphone Chor der

Mitgliedstaaten, ganz zu schweigen von den Landwirten und ihren Lobbies. Frankreich scheint isoliert und hartnäckig auf einem antiquierten Status zu beharren, arme Länder pochen auf ihre Rechte und fordern die Abschaffung der Handelshemmnisse, ökologische, auch soziale Argumente fallen, und schließlich geht es um die europäische Zukunft: Wieviel Geld für welche Politik? Ganz zweifellos steht die Agrarpolitik nicht ohne Berechtigung im Mittelpunkt, denn sie macht auch heute noch gut 40 Prozent des EU-Budgets aus und stellt die einzige vollständig vergemeinschaftete Politik dar. Ein Erfolg für Europa? Oder, ganz im Gegenteil, eine Belastung?

Im Jahre 2005 verteilen sich die Kosten Europas wie folgt: Die Agrarpolitik steht für 43 Prozent der Ausgaben, gefolgt von der Regionalpolitik mit 37 Prozent. Damit entfallen auf die beiden gewichtigsten Ausgabenarten fast 80 Prozent des Gesamtbudgets der Europäischen Union. Und hier genau liegt das Problem begründet: Für die anderen Posten bleibt kaum etwas übrig und das, obwohl sie immer bedeutender werden: Auf die EU-Außenpolitik entfallen gerade einmal 4,4 Prozent, auf Forschung und Entwicklung

* Dr. Susanne Nies ist Directrice de Recherche à l'Institut des Relations Internationales et Stratégiques (IRIS), Paris, und Lehrbeauftragte an Sciences Po und IPAG, École Supérieure de Commerce.

2,6 Prozent, auf Bildung 1 Prozent.³ Auch wenn eine Verdreifachung der letztgenannten Positionen bis 2013 beabsichtigt ist, so bleiben sie dennoch im Vergleich zu den Notwendigkeiten deutlich unterfinanziert.

Wachsender Reformdruck

Aber selbst die letzte EU-Erweiterungsrunde, mit der der finanzielle Druck auf die GAP erheblich steigen müsste, hatte schon nicht zur Einsicht in die Notwendigkeiten von Reformen geführt. 2004 traten zehn weitere und allesamt ärmere Länder als Griechenland, das ärmste Land der EU-15, in die EU ein: Eine Fortschreibung der Beihilfen nach den für die EU-15 geltenden Spielregeln würde zwangsläufig den Finanzrahmen des Gemeinschaftswerks sprengen. Den Zuwendungsbestimmungen zufolge sind diese Länder nicht nur für die GAP, sondern auch für die Regionalfonds qualifiziert. Förderte man etwa die mehr als 24 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe, insgesamt 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der EU, nach den herkömmlichen Prinzipien, so würde Osteuropa, um fünf Dekaden zeitversetzt, die westeuropäische Agrarentwicklung noch einmal von neuem vollziehen: Überproduktion und Budgetkrise wären die unvermeidliche Folge. Im Vergleich zu Westeuropa spielt die Landwirtschaft hier auch wirtschaftlich noch eine bedeutende Rolle: Gegenüber 5 Prozent in der EU-15 sind hier 21 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; die Landwirtschaft stellt noch 7 Prozent des Bruttosozialprodukts gegenüber 1,5 Prozent in den alten Mitgliedstaaten. Schätzungen zufolge hätten sich die agrarpolitischen Kosten der Erweiterung allein zwischen 2004 und 2006 auf knapp 10 Milliarden Euro und damit 1/12 des gegenwärtigen EU-Budgets belaufen.⁴

Daher wurde beschlossen, dass die Länder der 5. Erweiterungsrunde erst ab 2013 100 Prozent der Zuwendungen erhalten soll-

ten, 2004 aber zunächst nur 25 Prozent, mit steigender Tendenz und in der Überzeugung, dass spätestens am Vorabend des übernächsten Budgets eine wesentliche Ausgabenreduzierung zustandekäme.

Es war deshalb abzusehen, dass der chronische Streit um die Landwirtschaft mit der bevorstehenden Osterweiterung einen neuen Höhepunkt erreichen würde: Der gesamte Zeitraum 1999 bis 2003 ist von einem grundsätzlichen Zwist beherrscht, der sich auf das Verhältnis von Erweiterung und Agrarpolitik bezieht: Während die Nettozahler der EU, Deutschland, Holland, England und Dänemark eine Begrenzung der GAP-Ausgaben favorisierten, um die Erweiterungskosten aufzufangen zu können, wiesen die GAP-Statusquo-Mächte, allen voran Frankreich, jede Verbindung zwischen beiden Dossiers strikt zurück. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt im März 1999 in Berlin, als es um die Finanzperspektiven der EU 2000–2006 und die Verabschiedung der Agenda 2000 ging.⁵

In Berlin diskutierte man über drei Wege, die Agrarausgaben „einzurahmen“: Die von Deutschland favorisierte nationale Ko-Finanzierung, die für Frankreich akzeptable, aber von England und Deutschland zurückgewiesene Degressivität der Zuwendungen sowie die Umorientierung – die so genannte Modulation – von GAP-Zuwendungen auf andere Gemeinschaftspolitiken. Mühsame, vom deutsch-französischen Streit geprägte Verhandlungen führten schließlich zu folgendem Kompromiss: Die GAP Ausgaben werden erstmals in ihrer Höhe begrenzt, und zwar bis 2013 auf dem Niveau von 2006.⁶ Man verzichtet sowohl auf eine allgemeine Ko-Finanzierung als auch auf das Instrument der Degressivität. Ökologie wird erstmals Förderungskriterium, wobei dessen Umsetzung den Mitgliedstaaten überlassen wird, ebenso wie die so genannte Modulierung, die Umwidmung von Haushaltsmitteln etwa von der GAP auf die Förderung strukturschwacher Landgebiete.⁷

Eine Zwischenbilanz („mid-term-review“) der Agrarpolitik wurde für 2003 angesetzt. Ein Kommissionsvorschlag vom 10. Juli 2002, der letztlich die Fortschreibung der Reformen von 1992 und 1999 bedeutete, stieß auf den erbitterten Widerstand Frankreichs: Während die Kommission eine GAP-Reform schon für 2004 auf die Tagesordnung setzte, verwies Paris auf 2006 als den dafür im Jahr 1999 beschlossenen Zeitpunkt. Schließlich konnte am 26. Juni 2003 ein Kompromissvorschlag verabschiedet werden: Eine Teilentkopplung der Direktzuwendungen, die Ausgaben-Modulation zugunsten ländlicher Entwicklung sowie eine radikale Reform des Milchsektors und die Degressivität der Zuwendungen stellen damit den heute geltenden Status quo dar. Die so einstimmig vom Rat beschlossene GAP für die Zeit bis 2013 geht also auf einen deutsch-französischen Kompromiss zurück, der unter widrigsten Umständen verhandelt worden war und dem sich schließlich die übrigen Mitgliedstaaten angeschlossen hatten. Nur so war es aus deutscher Sicht gelungen, den Weg für die Osterweiterung freizumachen, um den Preis einer bis 2013 fortgeschriebenen Agrarpolitik. Aus Pariser Sicht wiederum waren die französischen Zugeständnisse sehr weitreichend und entsprechen letztlich den Reformwünschen der GAP-Widersacher, erstrecken sich jedoch über einen längeren Zeitraum.

Man kann so den Agrarkompromiss von 2002/3 als Resultat des Handels zwischen zwei unterschiedliche Interessen verfolgenden Staaten bezeichnen, für deren Durchsetzung sie des Wohlwollens des jeweils anderen bedürfen: Osterweiterung gegen Agrarpolitik wäre die verkürzte Formel dieses Kuhhandels.

Institutionell problematisch bleibt, dass das Budget 2007–2013 naturgemäß zum Zeitpunkt des Agrarkompromisses noch nicht verabschiedet war: Das Europäische Parlament mit seinen weitgehenden Budgetrechten muss sich an den Beschluss des Eu-

ropäischen Rates nicht gebunden fühlen. Und, wie die Krise um die Amtseinführung der Barroso-Kommission zeigte, sieht es sich nicht länger als Juniorpartner von Kommission und Rat.

Es ist für das Parlament kaum hinnehmbar, dass es nur über etwa 60 Prozent des Budgets entscheiden soll, weil der Rat den Rest schon für die GAP verteilt hat. Die Hauptverfechter des agrarpolitischen Status quo in der EU – Frankreich, Polen, Italien, Irland und Portugal – haben zu verstehen gegeben, dass sie zwar zu einer grundsätzlichen Debatte über die Agrarpolitik ab 2007 bereit sind, eine hypothetische Reform aber erst nach 2013 in Kraft treten könne. Wird sich das Europäische Parlament ihrer Position oder jener der GAP-Widersacher verpflichtet fühlen?

Aufbruch um den Sapir-Bericht

Im Jahr 2003 beauftragte Kommissionspräsident Prodi eine Gruppe von Ökonomen um den belgischen Wirtschaftswissenschaftler André Sapir mit der Erarbeitung eines Haushaltskonzepts, das im Sinne der Agenda von Lissabon den zukünftigen Herausforderungen an die Gemeinschaft Rechnung tragen sollte. Als der Sapir-Bericht im August 2003 erschien, sorgte er sogleich für großes Aufsehen. Die Expertise mit dem Titel „Eine Agenda für ein wachsendes Europa“⁸ ging davon aus, dass eine Ausweitung des Budgets auf lange Sicht unrealistisch sei und daher Neuanpassungen nur über Umschichtungen möglich seien. Sapir kritisierte scharf die anachronistischen Agrarausgaben der Gemeinschaft, die nur zwei Prozent der EU-Bevölkerung zugute kämen, aber mehr als die Hälfte des Budgets verschlängen. In Anbetracht eines auf lange Zeit beschränkten Haushaltes verhindere die GAP jede Umverteilung zugunsten zeitgemäßer und zukunftsträchtiger Politiken: Der belgische Professor bezog sich hier vor allem auf die Wissensökonomie und

damit auf die Agenda von Lissabon⁹: Europa sei massiv gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen geraten, und ein weiteres Auseinanderdriften sei zu befürchten. Deshalb seien drei Schwerpunkte zu setzen, die über Haushaltsprioritäten zum Ausdruck kämen: Ein Wachstumsfonds zur Finanzierung der Ausgaben von Forschung und Entwicklung, Erziehung und Infrastruktur mit 0,5 Prozent des europäischen BIP¹⁰, ein Konvergenz-Fonds für den Ausgleich der Wirtschaftsgefälle innerhalb der EU (mit 0,35 Prozent des BIP der EU) und schließlich ein Fonds für Rekonversion, für Landwirtschaft (0,2 Prozent) und Industrie (0,05 Prozent). Agrarpolitik und Regionalpolitik seien zu renationalisieren.

In der agrarpolitischen Schlacht musste der Rapport Sapir wie eine Bombe einschlagen. Wenn er einerseits den GAP-Widersachern neue Argumente lieferte, so wurde er von ihren Apologeten als liberales Machwerk diffamiert. Aber auch sachliche Kritik wurde laut, so von Jacques le Cacheux, Professor für Wirtschaftswissenschaften in Pau. Le Cacheux wandte ein, dass Sapir von einem Wundermittel gegen die kontinentaleuropäische Wachstumsschwäche ausgehe und das allein in der EU-Finanzierung bestimmter Projekte bestehe: „L'argumentation des auteurs repose sur deux postulats: Les réformes structurelles permettraient d'impluser vigoureusement la croissance, postulat qui ne s'est globalement pas vraiment vérifié en Europe depuis 1993. Il existerait une source potentielle miraculeuse de croissance: L'innovation impulsée par la RD. Qu'est-ce qui justifie un tel optimisme?“¹¹ Die Diagnose schon der Agenda 2000, dann des Sapir-Berichts, dass eine neue Prioritätensetzung notwendig sei, wird nicht bestritten, doch wird bezweifelt, ob diese über das EU-Budget erfolgen könne. Die Debatte hält an.

Frankreich, Deutschland und die Agrarpolitik

Frankreich erhält heute 22 Prozent der Agrarzuwendungen und liegt damit weit vor Spanien (14,7 Prozent), Deutschland (14 Prozent), Italien (12,7 Prozent) und England (10,4 Prozent). Die Zuweisungen an Frankreich sind dabei seit 1995 geringfügig von 24,4 Prozent auf heute 22 Prozent gesunken. Sie machen Frankreich zum größten Nettoempfänger der EU: Sein Beitrag beziffert sich auf 17,6 Prozent des Gesamthaushalts.¹² Der hohe Anteil Frankreichs am Agrarhaushalt erklärt sich mit der vergleichsweise großen landwirtschaftlichen Fläche, aber auch der Vielfalt der Produkte.

Aus französischer Sicht ist Politik in Brüssel traditionell Agrarpolitik. Deutsche Politiker und auch die Bevölkerung haben Schwierigkeiten, diese französische Prioritätensetzung nachzuvollziehen. In Frankreich gilt die heterogene Agrarlobby als wichtige Komponente der Machtbasis von Präsident Chirac. Wer aber ist diese Agrarlobby? Sie setzt sich zusammen aus dem Bauernverband, der Nahrungsmittelgroßindustrie um Danone und der als Genossenschaft gegründeten Großbank Crédit Agricole. Die Bevölkerung setzt ein Gleichheitszeichen zwischen GAP und hochwertigen vielfältigen Lebensmitteln – im Gegensatz zu Fast Food und einem „american way of life“. Allerdings hat auch in Frankreich in der zweiten Jahreshälfte die Kritik an der französischen Unnachgiebigkeit in Bezug auf die Agrarpolitik zugenommen: Hinter vorgehaltener Hand wird gesagt, dass ein Industrieland wie Frankreich es sich auf Dauer nicht leisten könne, die Zuschüsse für eine so kleine Bevölkerungsgruppe und einen relativ nachgeordneten Wirtschaftszweig zur Priorität zu erklären. Während Regierungsvertreter den Sapir-Bericht in Bausch und Bogen als britisches Konvolut verdammt, wurden auch Gegenstimmen laut: Voreilig, so Claude Allègre in „Le Figaro“, wird André Sapir dem liberalen Lager

zugeschlagen. Die britische Kritik am EU-Budget in seiner gegenwärtigen Verfasstheit sei berechtigt, mehr Ausgaben in Forschung und Entwicklung bei gleichzeitig festgeschriebenem Budget unumgänglich. Das könne aber nicht heißen, dass der liberale Zugriff Londons, geschweige denn der britische Rabatt begründet seien.¹³

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Präsidentenwahl 2007 einen grundlegenden Wechsel in der französischen GAP-Politik zur Folge haben wird: Die agrarpolitische Auffassung aller Regierungen und Präsidenten zeigt seit Stresa 1959 eine bemerkenswerte Kontinuität. Von einem radikalen Wandel ist deshalb nicht auszugehen. Dennoch wird Paris wie schon 1999 und 2002 Reformbereitschaft zeigen müssen, will es sich nicht vollkommen politisch isolieren und darüber hinaus seine – und die europäischen – Wirtschaftsinteressen in Dienstleistung und Industrie international gefährden. Nicht auszuschließen ist zur Stunde, dass die EU, vor allem wegen der unnachgiebigen Haltung von Paris, die aktuelle Welthandelsrunde scheitern lässt.¹⁴

Deutschland als der mit Abstand gewichtigste Nettozahler der Europäischen Union mit 1/4 des Gesamthaushalts ist an erster Stelle bemüht, seine Zuwendungen zu begrenzen, und sei es um den Preis von Kürzungen bei der Agrarpolitik. Diese liegt und lag traditionell konservativen CDU-Regierungen und insbesondere der CSU in Bayern aufgrund der Wählerbasis mehr am Herzen als den Sozialdemokraten oder den Grünen. Letztere zeigen eine besondere Sensibilität für die Problematik der Entwicklungsländer, aber auch die ökologische Landwirtschaft – beides bis Ende der 1990er Jahre in der GAP von nachgeordneter Bedeutung. Anders als Frankreich allerdings hat sich Deutschland gemeinsam mit England gegen einen Kommissionsvorschlag von 2003 ausgesprochen, demzufolge die maximale Zuwendung pro Betrieb auf 300 000 Euro begrenzt worden

wäre. Die deutsche Haltung begründet sich im Interesse an den großen vormaligen Kolchosen in Ostdeutschland.

Bundeskanzler Kohl zeigte sich gegenüber dem französischen Partner umso nachsichtiger, als sein wichtigstes Interesse die „deutsche Vereinigung in der europäischen“ war und es galt, französische Sorgen vor dem vereinten Deutschland nicht unnötig zu verstärken. Von dieser „Scheckbuch-Diplomatie“ wandte sich sein Nachfolger Schröder angesichts leerer Kassen notgedrungen ab und favorisierte ab 1999 eine nationale Ko-Finanzierung, gegen den Widerstand sowohl der EU-Kommission Prodi als auch Frankreichs. Nach einer hitzigen deutsch-französischen Konfrontation 1999 und in Nizza 2000 und nach Reformzugeständnissen Frankreichs lenkte die Regierung Schröder schließlich ein, um die Osterweiterung zu sichern. Unmittelbar nach dem französischen „Non“ bewies Kanzler Schröder Standfestigkeit zugunsten seines Freundes Chirac, nach dem Prinzip des „Pacta sunt servanda“, und nahm im britisch-französischen Zwist eine eindeutige Position gegen Tony Blair ein: Der Agrarkompromiss von 2002 steht nicht zur Debatte. Nachfolgerin Angela Merkel hat sich im Oktober 2005 zur Kontinuität bekannt. Die Bundesregierung unterstreicht dabei, dass ein grundsätzlicher Richtungswechsel in der Agrarpolitik bereits 1999 eingeleitet wurde.¹⁵

Es ist zu vermuten, dass die Große Koalition in den Budgetverhandlungen 2006 den Juncker-Kompromiss favorisieren, und sich erst in den Diskussionen um die Agrarreformen ab 2008 erneut in einen Konflikt mit der französischen Seite begeben wird. Bruchstellen treten dabei schon heute zutage, so zum Jahresende 2005 bei den Doha-Verhandlungen, wo Deutschland eine grundsätzlich andere Position vertritt als Frankreich.¹⁶ Auch folgt aus dem deutschen Interesse an einer Ausgabenbegrenzung nicht nur das Drängen auf die Abschaffung des „britischen Rabatts“, der ja von Blair mit der Forderung

nach Senkung der Agrarausgaben verbunden worden ist, sondern auch weiterer Druck auf Paris im Sinne einer nationalen Ko-Finanzierung.¹⁷

Bilanz und Perspektiven

Unbestritten zählt die Gemeinsame Agrarpolitik zu den größten Erfolgen der europäischen Integration. Auch ist eine gewisse institutionelle Förderung dieses Schlüsselsektors aus politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen weiter nötig. Doch behindert die GAP heute den Fortschritt der Gemeinschaft und stellt in dieser Form, wie *André Sapir* es formuliert, ein historisches Relikt dar.

Spätestens zum Jahresanfang 2006 muss das EU-Budget beschlossen werden, und tatsächlich handelt es sich hier nicht um eine technokratische Entscheidung, sondern um ein wahrhaft politisches Programm, das die EU-Aktion für die kommenden sieben Jahre vorherbestimmt. Kosmetische Korrekturen sind auch unter der deutschen Ratspräsidentschaft zu Anfang 2007 noch möglich, doch gilt es für die österreichische in der ersten Jahreshälfte 2006, einen Konsens über die großen Linien herbeizuführen. Als gesichert kann zum Jahresende 2005 gelten, dass der Agrarkompromiss von 2002 in Brüssel eingehalten wird und dass eine geringfügige Abwandlung allenfalls in der Finanzierung der Beitrittskosten für Rumänien und Bulgarien aus dem GAP-Budget bestehen könnte. (Eine Verschiebung des Beitritts auf 2008 und damit eine spätere, aber drei Länder umfassende Erweiterung mit Kroatien ist gegenwärtig ebenfalls denkbar.) Dieser Vorschlag entspricht dem *Juncker-Kompromiss* vom Juni 2005. Eine radikale Umorientierung, wie London sie fordert, erscheint zur Zeit ausgeschlossen, mittelfristig aber unvermeidlich.

Insgesamt gilt es, die von der Verteilung des EU-Budgets ausgehende Symbolik ernst

zu nehmen: Eine Priorität für die Landwirtschaft, ganz gleich, wie hoch die Beträge sind, ist heute und in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und einem alarmierenden Rückstand Europas in Forschung und Entwicklung nicht mehr vermittelbar. Eine gewisse Gerechtigkeit auch unter den Beitragszahlern der EU ist zudem notwendig, um den gemeinsamen Willen für das Einigungswerk nicht zu gefährden: Die französischen Anteile aus dem EU-Agrar-Haushalt sind damit ebenso fragwürdig wie der 1984 unter vollkommen anderen historischen Umständen eingeführte „britische Rabatt“. Die Beseitigung beider Begünstigungen ist, wie die gescheiterten Verhandlungen im Juni zeigten, nur im Paket möglich – und man könnte so paradoxerweise sogar von einer stillschweigenden französisch-britischen Interessengemeinschaft sprechen.

Neue Instrumente gilt es ebenso für die Agrarpolitik wie für andere Gemeinschaftspolitiken zu schaffen, so auch für die viel diskutierte Forschung und Entwicklung: Nationale Ko-Finanzierung, wie von der rot-grünen Regierung 1999 vorgeschlagen, und Public-Private Partnership, kurz: eine effiziente Verknüpfung nationalen, europäischen und privatwirtschaftlichen Engagements, kann hier als Leitlinie dienen.

Gegenwärtig ist leider ein deutsch-französisches Zusammengehen, geschweige denn eine deutsch-französische Führungsrolle in diesem Sinne nicht zu verzeichnen. Die GAP stellt vielmehr einen „eingefrorenen“ Konflikt zwischen beiden Staaten dar. Ein im gesamteuropäischen Interesse bewusster Umgang mit dieser Tatsache und, daraus folgend, die gemeinsame Erarbeitung einer annehmbaren Neuorganisation der GAP im Speziellen, des Haushalts im Allgemeinen, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips und der gewandelten Prioritäten, ist für ein deutsch-französisches Paar, das sich selbst ernst nimmt, jedoch Pflicht.

- 1 *De Gaulle* lehnte es strikt ab, dass über die GAP nach dem Prinzip der qualifizierten Mehrheit entschieden würde. Der folgende Kompromiss von Luxemburg von 1965 kommt einer Annahme des Einstimmigkeitsprinzips über die GAP gleich.
- 2 *Ayméry de Dinechin*, Crédit Agricole du Nord-Est, im Gespräch mit der Autorin, 9.11.2005.
- 3 Zahlen nach *Alexandre Muller*: Quels moyens pour l'Europe? Débat sur le budget de l'Union européenne. Fondation Robert Schuman, Paris Juni 2005.
- 4 Zahlen nach *Alexandre Muller*, a.a.O. (Anm. 2), S. 81.
- 5 Von der EU-Kommission am 16.6.1997 veröffentlicht, stellt die Agenda 2000 einen Vorschlag für eine vertiefte und erweiterte Union, bei effizienterer Gestaltung von Agrar- und Strukturpolitik vor. Der neue Finanzrahmen 2000–2006 ist Teil der Agenda, die am 26.3.1999 von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde.
- 6 Nicht geklärt wurde allerdings, ob der Agrarhaushalt mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 oder 2008 erhöht werden sollte. Während der Periode 2007–2013 werden sich innerhalb des GAP-Haushalts die Proportionen zugunsten der neuen Mitgliedsländer und zu Lasten der alten verschieben.
- 7 Letztere wurde allein von England und Frankreich praktiziert, und von letzterem 2002 suspendiert.
- 8 An Agenda for a Growing Europe. The Sapir-Report. Oxford University Press 2003. Die Arbeitsgruppe wurde im August 2003 von *Romani Prodi* eingerichtet und legte ihren Abschlussbericht im August 2003 vor.
- 9 Die Agenda von Lissabon von 1999 beinhaltet das ambitionöse Ziel, aus Europa bis 2010 die wettbewerbsfähigste Zone der Welt zu machen. Ein Euphemismus sicherlich, denn tatsächlich investieren die EU-Mitgliedstaaten und EU zusammen genommen nur 1,99 Prozent in Forschung und Entwicklung, gegenüber 2,76 Prozent in den USA und 3,12 Prozent in Japan (Zeitraum 1999–2002).
- 10 Das bedeutet 50 Prozent der heutigen Zuwendungen der EU-Mitgliedstaaten an das EU-Budget.
- 11 *Jacques Le Cacheux*: Comment améliorer les performances économiques de l'Europe. *Révue de l'OFCE* 87, Paris 2003, S. 251. Sowie *Jacques Le Cacheux*: Budget européen: Le poison du juste retour. *Études et Recherches* 41, Notre Europe, Paris 2005, avec un avant-propos de *Pascal Lamy*.
- 12 *Alexandre Muller*, a.a.O. (Anm. 2), S. 75.
- 13 *Claude Allegre*: Europe, recherche, PAC: Tony Blair pose les vraies questions. In: „Le Monde“, 25.8.2005.
- 14 Obwohl die Runde bereits 2004 abgeschlossen werden sollte, ist noch keine Einigung in Sicht. Die Landwirtschaft ist das Schlüsselthema der Runde. Siehe *Aude Marcovitch*: Le Commerce mondial toujours en panne d'un accord sur l'agriculture. In: „Le Figaro économie“, 1.9.2005.
- 15 Presse- und Bundesamt der Bundesregierung, EU, Hintergrund: Grundlegender Richtungswechsel in der EU-Agrarpolitik längst vollzogen, 24.6.2005.
- 16 *Henri de Bresson*: L'Allemagne paraît prête à lâcher la France sur la PAC. „Le Monde“, 24.6.2005.
- 17 *Angela Merkel* sprach sich im Sommer 2005 ebenfalls für eine teilweise Renationalisierung der GAP aus.